

Satzung  
der Ortsgemeinde ..Horschbach.....  
über die Erhebung von Beiträgen für die erstmalige Herstellung  
von Erschließungsanlagen (Erschließungsbeiträge)  
vom ~~28. Okt.~~ 28. Okt. 1988

Der Ortsgemeinderat hat aufgrund des § 132 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253) i.V. mit § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419, BS 2020-1), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom ~~22. 7.1987~~ <sup>135</sup> (GVBl. S. ~~4~~), die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1  
Erhebung des Erschließungsbeitrages

Zur Deckung ihres anderweitig nicht gedeckten Aufwandes für Erschließungsanlagen erhebt die Ortsgemeinde Erschließungsbeiträge nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (§§ 127 ff) und dieser Satzung.

§ 2  
Art und Umfang der Erschließungsanlagen und des Erschließungsaufwandes

(1) Beitragsfähig ist der Erschließungsaufwand

1. Für die zum Anbau bestimmten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in

|  | bis zu einer Straßenbreite<br>(Fahrbahnen einschl. der Standspuren, Radwege, Gehwege, Schutz- und Randstreifen) von |
|--|---|
| a) Wochenendhausgebieten, Campingplatzgebieten   | 7,0 m   |
| b) Kleinsiedlungsgebieten<br>bei einseitiger Bebaubarkeit  | 10,0 m<br>8,5 m   |
| c) Dorfgebieten, reinen Wohngebieten, allgemeinen Wohngebieten, besonderen Wohngebieten, Mischgebieten, Ferienhausgebieten |   |
| aa) mit einer Geschoßflächenzahl bis 0,8<br>bei einseitiger Bebaubarkeit   | 14,0 m<br>10,5 m  |
| bb) mit einer Geschoßflächenzahl über 0,8<br>bis 1,0<br>bei einseitiger Bebaubarkeit                                       | 18,0 m  |
| cc) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,0<br>bis 1,6   | 12,5 m<br>20,0 m  |
| dd) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,6  | 23,0 m  |

---

|   | bis zu einer Straßenbreite<br>(Fahrbahnen einschl. der<br>Standspuren, Radwege, Geh-<br>wege, Schutz- u. Rand-<br>streifen) von |
|---|---|
| d) Kerngebieten, Gewerbegebieten und sonstigen<br>Sondergebieten im Sinne des § 11 der Baunut-<br>zungsverordnung |   |
| aa) mit einer Geschoßflächenzahl bis 1,0  | 20,0 m  |
| bb) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,0<br>bis 1,6  | 23,0 m  |
| cc) mit einer Geschoßflächenzahl über 1,6<br>bis 2,0  | 25,0 m  |
| dd) mit einer Geschoßflächenzahl über 2,0   | 27,0 m  |
| e) Industriegebieten  |   |
| aa) mit einer Baumassenzahl bis 3,0   | 23,0 m  |
| bb) mit einer Baumassenzahl über 3,0 bis 6,0  | 25,0 m  |
| cc) mit einer Baumassenzahl über 6,0  | 27,0 m  |

Erschließt die Erschließungsanlage Gebiete mit un-  
terschiedlicher Ausnutzung, so gilt die größere  
Breite; für die Geschoßflächenzahl gelten die Re-  
gelungen des § 5 Absatz 3 entsprechend.

2. Für die öffentlichen, aus rechtlichen oder tat-  
sächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht  
befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der  
Baugebiete (z.B. Fußwege, Wohnwege) (§ 127  
Abs. 2 Nr. 2 BauGB) 5,0 m
3. Für die nicht zum Anbau bestimmten Sammel-  
straßen (§ 127 Abs. 2 Nr. 3 BauGB) 27,0 m
4. Für Parkflächen,
  - a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 und 3 sind bis zu  
einer zusätzlichen Breite von 5 m,
  - b) soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 und 3 genannten Verkehrsanlagen  
sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu de-  
ren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H. der im Abrechnungsgebiet  
sich nach § 5 Absatz 3 ergebenden Geschoßflächen.
5. Für Grünanlagen,
  - a) die Bestandteile der Verkehrsanlagen im Sinne von Nr. 1 bis 3 sind, bis  
zu einer zusätzlichen Breite von 4,0 m,
  - b) soweit sie nicht Bestandteil der in Nr. 1 bis 3 genannten Verkehrsanlagen  
sind, aber nach städtebaulichen Grundsätzen innerhalb der Baugebiete zu de-  
ren Erschließung notwendig sind, bis zu 15 v.H. der im Abrechnungsgebiet  
liegenden Grundstücksflächen nach § 5 Absatz 2.

(2) zu dem Erschließungsaufwand nach Absatz 1 Nrn. 1 bis 5 gehören insbesondere die Kosten für:

1. den Erwerb der Flächen für die Erschließungsanlagen,
2. die Freilegung der Flächen für die Erschließungsanlagen,
3. die Herstellung des Straßenkörpers einschließlich des Unterbaues, der Befestigung der Oberfläche sowie notwendiger Erhöhungen oder Vertiefungen,
4. die Rinnen und die Randsteine,
5. die Radwege,
6. die Gehwege,
7. die Beleuchtungseinrichtungen,
8. die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen,
9. den Anschluß an andere Erschließungsanlagen,
10. die Herstellung von Böschungen, Schutz- und Stützmauern und
11. die Übernahme von Anlagen als gemeindliche Erschließungsanlagen.

(3) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch den Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.

(4) Der Erschließungsaufwand umfaßt auch die Kosten, die für Teile der Fahrbahn einer Ortsdurchfahrt einer Bundes-, Landes- oder Kreisstraße entstehen, die über die Breite der anschließenden freien Strecke dieser Straße hinausgehen.

(5) Endet eine Erschließungsanlage mit einem Wendehammer, so vergrößern sich die in Absatz 1 angegebenen Höchstmaße für den Bereich des Wendehammers auf das Anderthalbfache, mindestens aber um 8 m.

### § 3

#### Ermittlung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes

(1) Der beitragsfähige Erschließungsaufwand (§ 2) mit Ausnahme desjenigen für die Entwässerungseinrichtungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 8) wird nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

Der Aufwand für die Entwässerungseinrichtungen der Erschließungsanlagen wird wie folgt ermittelt:

1. für die Einläufe, Sinkkästen und Zuleitungen bis zur Straßenleitung sind die tatsächlichen Kosten maßgebend,
2. für die übrigen zur Entwässerung der Erschließungsanlagen erforderlichen Anlagen wird der Baukostenanteil erhoben, den die Verbandsgemeinde von der Ortsgemeinde erhebt bzw. mit ihr vereinbart.

## § 7 Kostenspaltung

Der Erschließungsbeitrag kann für

1. den Grunderwerb,
2. die Freilegung
3. die Fahrbahn
4. die Radwege,
5. die Gehwege,
6. die Parkflächen,
7. die Grünanlagen,
8. die Beleuchtungsanlagen,
9. die Entwässerungsanlagen

gesondert und unabhängig von der vorstehenden Reihenfolge erhoben werden, sobald die jeweilige Maßnahme, deren Aufwand gedeckt werden soll, abgeschlossen ist. Diesen Zeitpunkt stellt die Ortsgemeinde fest.

## § 8

Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen

(1) Die öffentlichen, zum Anbau bestimmten Straßen, Wege und Plätze, die öffentlichen, aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Verkehrsanlagen innerhalb der Baugebiete (z.B. Fußwege, Wohnwege), Sammelstraßen und Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn die Ortsgemeinde an den erforderlichen Grundstücken Eigentum erworben hat und die Erschließungsanlagen die nachstehenden Merkmale aufweisen:

1. Eine Pflasterung, eine Asphalt-, Teer-, Beton- oder ähnliche Decke neuzeitlicher Bauart.
2. Straßenentwässerung und Beleuchtung sowie
3. Anschluß an eine dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße.

(2) Gehwege und Radwege sind endgültig hergestellt, wenn sie eine Abgrenzung gegen die Fahrbahn und gegeneinander sowie eine Befestigung mit Platten, Pflaster, Asphaltbelag oder eine ähnliche Decke neuzeitlicher Bauart aufweisen, soweit die Gemeinde nicht beschließt, daß bei einfachen Wohnwegen und Siedlungsstraßen auf die Anlegung erhöhter Gehwege verzichtet wird und diese in einfacher Form angelegt werden.

(3) Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn die dafür vorgesehenen Flächen als Grünflächen oder gärtnerisch angelegt sind.

§ 8a  
Immissionsschutzanlagen

Art, Umfang, Verteilungsmaßstab und Herstellungsmerkmale von Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes werden durch ergänzende Satzung im Einzelfall geregelt.

§ 9  
Beitragsbescheid

- (1) Der Beitrag, der auf den einzelnen Beitragsschuldner entfällt, wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält
  1. den Namen des Beitragsschuldners,
  2. die Bezeichnung des Grundstücks,
  3. den zu zahlenden Betrag unter Mitteilung des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes (§ 2), des Gemeindeanteils (§ 4) und der Berechnungsgrundlagen (§§ 5 und 6),
  4. die Festsetzung des Zahlungstermins,
  5. die Eröffnung, daß der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht und
  6. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (3) Der Beitragsbescheid soll ferner den Beitragsschuldner darauf hinweisen, daß er bei der Verbandsgemeindeverwaltung Stundung, Ratenzahlung oder Verrentung beantragen kann. Ein solcher Antrag soll die Gründe anführen, aus denen die Zahlung des Beitrags zum festgesetzten Zahlungstermin für den Beitragsschuldner eine unbillige Härte wäre.

§ 10  
Vorausleistungen

- (1) Im Falle des § 133 Abs. 3 BauGB können Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Erschließungsbeitrages erhoben werden.
- (2) Für den Bescheid über die Vorausleistung gilt § 9 sinngemäß.

§ 11  
Ablösung des Erschließungsbeitrages

Der Betrag einer Ablösung nach § 133 Abs. 3 Satz 5 BauGB bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrages. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 12  
Inkrafttreten/Außerkräftreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom  
..10.1.1980....., zuletzt geändert durch Satzung vom .....23. 1.1986....., außer Kraft.  
Soweit eine Beitragspflicht auf Grund früherer Satzungen entstanden ist, gelten  
diese Bestimmungen weiter.

Horschbach, den 28. Oktober 1988

gez. Ortsbürgermeister